**Bezugspreis**
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.50 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am. lich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4664.

Abend-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigen**
werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 75 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 574. Halle, Montag, den 8. Dezember 1919. Einzelpreis 15 Pfg.

# Der Strafantrag im Marloh-Prozeß.

## 3 Jahre 2 Monate Gefängnis für Marloh beantragt.

**WTB. Berlin**, 8. Dezember. Im Marlohprozeß beantragte der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer gegen den angeklagten Oberleutnant Marloh wegen Totschlag, unerlaubter Entfernung und Urkundenfälschung eine Gesamtstrafe von drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis, von denen zwei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden sollen.

## Hungerkrawalle in Insbruck.

**Innsbruck**, 6. Dez. Durch die unerträglich gewordenen Nahrungsmittelmangel ließen sich große Teile der armen Bevölkerung zu neuen Plünderungen verleiten. Die zwei größten Kaffeehäuser Innsbrucks, darunter das Stammlokal der Wucherer und Schieber, wurden völlig zerstört. Im Jesuitenkollegium, wo gegen 100 Theologiestudenten untergebracht sind, wurde Küche und Keller ausgeraubt. Während der Plünderungen erschien eine Automobilpatrouille des italienischen Grenadierregiments, das die Plünderer hinauswarf. Die italienischen Truppen besetzten die Straßen, in denen Plünderungen vorgekommen waren. Trotzdem wurde am Abend ein bekanntes Unterhaltungslokal gestürmt und ausgeraubt. Ein Versuch, das Lagerhaus zu stürmen, wurde vereitelt. Abends wurde das Kloster Wilten, eine Marmeladenfabrik und mehrere Geschäfte geplündert. Alle Geschäfte sind geschlossen.

## Keine weiteren Ausschreitungen in Innsbruck.

**WTB. Innsbruck**, 7. Dezember. Korr.-Büro Heute sind keine Ausschreitungen vorgekommen. In einer von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung tadelte Abgeordneter Rappoldi die zwecklosen Plünderungen. Er forderte von der Landesregierung bessere Erfassung und Verteilung der Lebensmittel im Lande und schnelle Verteilung der von Deutschland zugesicherten Lebensmittelsendungen, sonst werde der Anschluß an Deutschland unabwendbar. Er lehnte den von kommunistischen Rednern gestellten Antrag auf Bildung von Arbeiterräten ab.

## Die bevorstehende neue Note der Entente.

**Rotterdam**, 8. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Das gut unterrichtete „Echo de Paris" hatte am Sonnabend gemeldet: Clemenceau und Foch bestehen darauf, ein Ultimatum an Deutschland zu richten. Der Beschluß des Fünferrats ist nicht in diesem Sinne ausgefallen. Wenn die neuesten Pariser Blättermeldungen zutreffen, so des „Matin", so enthält die an Deutschland gerichtete Note keine Befristung und trägt den deutschen Einwendungen in mehreren Punkten Rechnung. Insbesondere wäre demnach Clemenceaus Versuch, die Heimsendung der Kriegsgefangenen mit anderen Fragen der Auslieferung und der Stellung deutscher Arbeiter für den Wiederaufbau in Frankreich zu verquicken, gescheitert. Es werde ausdrücklich bekräftigt, daß die Kriegsgefangenen aus Frankreich nach Inkrafsetzung des Vertrages unverzüglich heimzubefördern sind. Der Pressevertreter des „Telegraaf" will ferner wissen, daß die neue Note zwar nicht der Form, aber dem Wesen nach ein Ultimatum sei in der Weise, daß die Alliierten entschlossen seien, der Verschleppungstaktik der deutschen Regierung ein Ende zu bereiten, und, wenn Deutschland nicht vor Ende der kommenden Woche unterzeichnen werde, den Waffenstillstand zu kündigen.

## Nur auf Druck Amerikas?

**Frankfurt a. M.**, 8. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Note der Entente an Deutschland, welche formell die Versicherung enthält, daß die Auslieferung der deutschen Gefangenen ohne weiteres unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedensvertrages stattfinden wird, erfährt die „Frankfurter Zeitung" aus Genf, daß die Verpflichtung Frankreichs auf die Intervention des Vertreters der Vereinigten Staaten zurückzuführen sei.

## Gibt die Entente nach?

**Basel**, 8. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Der Sonderberichterstatter der „Baseler Nationalzeitung" drahtet aus Paris bezüglich der Ententenote an Deutschland: Es ist sehr auf möglich, daß man mit Rücksicht auf den deutschen Bedarf an Hafenmaterial die Forderung der 400 000 Tonnen fallen lassen und auch auf die Klausel der militärischen Zwangsmaßnahmen auf Deutschland weiter verzichten wird unter einer Voraussetzung, und die ist, daß Deutschland endlich mit seiner Umwälzung Ernst macht und sich endlich von der imperialistischen, militärischen und monarchistischen Kaste freimacht. Dann wird Deutschland so großes Vertrauen finden, daß man an eine Durchführung gewisser wichtiger Maßnahmen nicht mehr denken wird. Erst dann wird sich das wahre Gesicht Clemenceaus zeigen, das nicht ganz so böse und unmenschlich auf die Deutschen blickt.

## Kabinettskrise in Warschau.

**Warschau**, 8. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Paderewski hat seine Demission überreicht. Das Staatsoberhaupt Pilsuki hat die neue Kabinettsbildung dem Landtagspräsidenten Tramyczynski angeboten, der ablehnte, worauf Paderewski die ihm angebotene Kabinettsbildung annahm.

## Britische Offiziere für Japan.

**Kopenhagen**, 8. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) „Politiken" meldet aus London, daß Japan versucht, britische Offiziere in großer Zahl anzuwerben. Diese sollen sich verpflichten, gegen jedes Land, außer gegen ihr eigenes Vaterland zu kämpfen. Der Agent, der die Werbearbeit ausführt, erklärte, daß ein Krieg zwischen Japan und einer anderen Macht im Laufe weniger Jahre unvermeidlich sein werde. Während diese Aeußerung von englischer Seite auf Amerika gemünzt betrachtet wird, ist man auf anderen Seiten der Meinung, daß es sich um eine Unterstützung Kolchaks handelt. Es ist von Interesse, daß der tüchtigste japanische Politiker, nämlich Kato, zum Botschafter bei Kolchaks Regierung ernannt worden ist.

## Die Antwort der italienischen Kammer.

**Basel**, 8. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die Antwortadresse der italienischen Kammer auf die Thronrede ist im Entwurf vom Ausschuß fertiggestellt. Sie hebt das Friedensbedürfnis Italiens hervor, verlangt die endliche Feststellung der natürlichen Ostgrenzen, bekennt sich zum Völkerbund, der Sieger und Besiegte solidarisch verbindet, betont die Notwendigkeit, den Arbeitervertretungen größeren Einfluß auf die innere Gesetzgebung und die internationalen Abmachungen einzuräumen, fordert die Autonomie für die neuen Provinzen und die Anerkennung desselben Prinzips auf den alten Staat und spricht das Verlangen nach engeren Beziehungen mit dem lateinischen Südamerika aus. Am Dienstag beginnt die Debatte darüber, die hochpolitisch sein wird, da die Sozialisten daran teilnehmen, die im Ausschuß nicht vertreten sind.

## Sonderfriede zwischen Amerika und Deutschland?

**Berlin**, 8. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist die Annahme des Antrages auf Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Amerika und Deutschland durch das amerikanische Repräsentantenhaus mit Sicherheit zu erwarten. Nach zuverlässigen, aus Washington eingetroffenen Meldungen sind große politische Aktionen zur Durchsetzung dieses Antrages schon seit Mitte November im Gange. Die amerikanische Oeffentlichkeit ist für eine sofortige Aufhebung des Kriegszustandes. In eingeweihten Kreisen versichert man, daß sogar Wilson mit dieser Tatsache rechnet, und absichtlich in seiner Botschaft die Friedensmaterie nicht berührt hat, weil er die Entscheidung über den Antrag auf Aufhebung des Kriegszustandes abwarten will.

## Wilson ist „geistig genügend rege".

**Washington**, 7. Dezember. (Reuter.) Die Senatoren Fall und Hitchcock, die beauftragt wurden, darüber zu berichten, ob Wilson infolge seiner Krankheit in der Lage ist, die Geschäfte zu führen, kamen gestern abend überein, daß Wilson geistig genügend rege ist, um sich ein Urteil über kritische Fragen zu bilden. Präsident Wilson äußerte sich mit Bezug auf die Ratifikation des deutschen Friedensvertrages zu Senator Hitchcock, wir beide haben alles getan, was wir konnten. Die Verantwortung ruht jetzt auf den Schultern der anderen. Infolge der Aktion der republikanischen Partei ist der Plan, die Entschließung des Senators Lodge, die den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt, durchzuführen, so gut wie fallen gelassen worden.

## Amerikanische Kirchenvertreter in Berlin.

**Berlin**, 8. Dezember. In diesen Tagen trifft eine Reihe führender Persönlichkeiten aus dem kirchlichen Leben Amerikas in Berlin ein. Die Herren, zu denen auch der Bischof Burt und der Bischof Nüssen aus Zürich gehören, bilden einen Spezialausschuß, der von der Generalkommission der Methodistenkirche für Nothilfe und Wiederaufbau beauftragt ist, die deutschen Bedürfnisse zu erkunden.

## Die Aufgaben des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Uns wird geschrieben:

Den Auftakt gab ein offener Brief Ludendorffs, der verlangte, vor einen Staatsgerichtshof gestellt zu werden. In der Sitzung der Nationalversammlung erwiderte Scheidemann, der Wunsch könne erfüllt werden.

Am 6. Juni 1919 — also vor Verabschiedung der Verfassung — brachte die Regierung einen Entwurf über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes ein. (Drucksache Nr. 355.) Nach diesem Entwurf sollte ein Untersuchungsausschuß von 15 Mitgliedern die Vorgänge untersuchen, die zum Ausbruch, zur Verlängerung oder zum Verlust des Krieges beigetragen haben. Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen sollte nicht stattfinden. Diesem Ausschuß sollte dann das Recht zustehen, vor einem beim Reichsgericht zu bildenden Staatsgerichtshof das Verfahren zu eröffnen.

In den Tagen vom 26. bis 28. Juli 1919 beriet die Nationalversammlung diesen Gesetzentwurf und verwies ihn dann an den 8. Ausschuß. Dieser Ausschuß lehnte die dem Untersuchungsausschuß zugedachte Verquickung zwischen staatsanwaltschaftlicher und richterlicher Tätigkeit ab. Um nicht ein Gelegenheitsgesetz und ein Ausnahmegesetz zu schaffen, beschloß er, nach Artikel 34 der inzwischen in Kraft getretenen Verfassung einen Untersuchungsausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, also ein Verfahren einzuschlagen, das seit Menschenalter in allen demokratisch regierten Ländern üblich ist.

Diesem Ausschuß wurde die Aufgabe gestellt, durch Erhebung aller Beweise festzustellen:

1. welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt haben, insbesondere
2. welche Möglichkeiten sich im Verlaufe des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen, und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind,
3. ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmännern Treu und Glauben gewahrt worden sind,
4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder geduldet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzt haben, oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren.

Dieser Antrag des 8. Ausschusses (Drucksache Nr. 946) wurde am 20. August 1919 im Plenum beraten. Es sprachen der Berichterstatter Dr. Sinzheimer für die Sozialdemokratie, Warmuth für die Deutschnationale Volkspartei, Graf zu Dohna für die Deutsche Volkspartei, Quidde für die Demokraten. Grundsätzliche Bedenken gegen eine solche Untersuchung wurden von keiner Seite erhoben; ebenso wie Bethmann und Hindenburg waren alle Parteien der Nationalversammlung darüber einig, daß das Volk ein Recht auf Wahrheit habe. Bemängelt wurde von der rechten Seite die Zusammensetzung des Ausschusses. Man bezweifelte dort, daß ein lediglich aus Parlamentariern zusammengesetzter Ausschuß die ihm gestellte Aufgabe erfüllen könne.

Bemerkenswert war es, daß von sozialdemokratischer Seite ausdrücklich betont wurde, daß auch die Frage, ob revolutionäre Vorgänge den Verlust des Krieges herbeigeführt haben, geprüft und in den Verhandlungen neben deutscher Schuld auch deutsche Unschuld und ententistische Schuld festgestellt werden müsse. Die Nationalversammlung hat die Vorschläge des Ausschusses gutgeheißen. Auf Grund dieser Ermächtigung hat sich dann der gewählte Ausschuß seine Geschäftsordnung gegeben. (Drucksache Nr. 1187.)

Der Ausschuß stellt als seine Aufgabe fest, daß es sich um eine Enquête, nicht um eine wissenschaftliche Abhandlung handelt und daß, wenn auch politische Gesichtspunkte die Feststellung der Fragen bestimmen, die Untersuchung in leidenschaftsloser Sachlichkeit und in erschöpfender Ermittlung des gesamten Tatbestandes zu erfolgen habe. Diese Aufgabe des Ausschusses, Tatsachen zu ermitteln, nicht Urteile zu fällen, ist ja auch im Laufe der öffentlichen Verhandlung mehrfach festgestellt worden.

Der Ausschuß teilte sich in vier Unterausschüsse. Der erste sollte die Vorgeschichte und nötigenfalls die Vorvorgeschichte des Krieges behandeln; der zweite feststellen, ob Friedensmöglichkeiten versäumt worden sind; der dritte sollte die Beschuldigung über Völkerrechtswidrigkeiten in Belgien; der vierte diejenige über Völkerrechtswidrigkeiten die in anderen Ländern begangen sein sollen, untersuchen.

Dazu muß bemerkt werden, daß es sich bei den Untersuchungen des dritten und vierten Unterausschusses natürlich nicht um die Verfehlungen einzelner,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191207042/fragment/page=0001

sondern nur um die Beurteilung von Maßnahmen, die angeordnet worden sind, handeln kann. Und es ist ferner wichtig, festzustellen, daß den Unterausschüssen auch die Aufgabe zufällt, die Frage der Blockade, die Gefangenenbehandlung im Auslande, den Frauktireurkrieg auf ihre völkerrechtliche Zulässigkeit zu prüfen.

Wie will der Ausschuß nun vorgehen, um zu dem gewollten Ergebnis zu gelangen? Er hat dazu drei Geschäfte zu erfüllen: Urkunden und Gutachten zu beschaffen, in öffentlicher Verhandlung Beweise zu erheben, dann einen Bericht zu erstatten. Man sieht, die öffentlichen Sitzungen sind nur ein Teil der Arbeit und das Ergebnis einer sehr umfangreichen und mühevollen Vorarbeit, wobei betont werden muß, daß diese von allen Seiten mit möglichster Unparteilichkeit zu leisten versucht wird.

Es ist nun gegen die Tätigkeit des Ausschusses eingewendet worden, daß er dem Auslande Material zu Anklagen und der Möglichkeit zu Auslieferungsgesuchen liefern würde. Diese Vorwürfe gehen von einer falschen Voraussetzung aus. Selbst wenn die Untersuchung sehr schlimme Dinge feststellen würde, könnte es nicht an das heranreichen, was im Auslande offiziell uns vorgeworfen wird. Das gilt namentlich von den sogenannten Greueln. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn die Beschuldigungen gegen deutsche Stellen wegen Verbrechen gegen das Völkerrecht sofort geprüft worden wären, so daß man dem Auslieferungsverlangen der Entente die Ergebnisse der deutschen Untersuchung hätte entgegenhalten können. Die Arbeiten des Ausschusses sollen zur Entgiftung der Stimmung beitragen, könnten es auch im Inlande, wenn nicht die deutschnationale Agitation diese Wirkung beeinträchtigen würde.

Der Ausschuß ist vor eine in Deutschland ganz neue Aufgabe und noch dazu vor eine Aufgabe von noch nie dagewesener Schwere gestellt. Es soll keineswegs geleugnet werden, daß die bisherigen Methoden des Ausschusses vielfach nicht genügt haben. An ihrer Verbesserung wird eifrig gearbeitet. Die Demokratie sollte sich hüten, die Treibereien der Rechten gegen den Ausschuß auch nur indirekt zu unterstützen. Sie untergräbt damit das höchste Recht der Demokratie, nämlich das Recht auf Kontrolle aller Vorgänge des öffentlichen Lebens durch das Parlament und damit durch das Volk.

### Berlin in Erwartung eines Entente-Ultimatums.

**Berlin, 8. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir von informierter Seite erfahren, besteht bei der Regierung die Absicht, im Notfalle die Entscheidung über die Unterzeichnung des Pariser Protokolls der Nationalversammlung zu überlassen. Die Regierung hält die Lage für äußerst ernst und glaubt sich bei der Stellungnahme zu einem etwa in Aussicht stehenden Ententeultimatum nicht imstande, allein die Verantwortung für alle sich ergebenden Konsequenzen tragen zu können. Der Entschluß, neue Verhandlungen mit der Entente anzubahnen, ist unter Hinzuziehung der Vertreter der Parteien gefaßt worden.**

**Von kompetenter Stelle erfahren wir später noch aus Berlin, daß die Reichsregierung augenblicklich nicht mehr mit der Möglichkeit rechnet, die Verhandlungen in Paris über die neuen Ententeforderungen wieder fortsetzen zu können. Minister Erzberger hatte in letzter Stunde noch den Vorschlag gemacht, den Abgeordneten Freiherrn von Richthofen an der Spitze einer neuen Delegation nach Paris zu senden. Nach Mitteilungen des Barons von Lersner aus Paris, die am Sonnabend eintrafen, ist die Entente noch nicht geneigt, sich auf neue Verhandlungen einzulassen. Das Eintreffen eines Ultimatums wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet.**

**Schließlich erfahren wir noch, daß der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten voraussichtlich am Dienstag oder Mittwoch zu den Ententeforderungen endgültig Stellung nehmen wird.**

### Für Erhaltung der Einwohnerwehren.

Die Leitung der Einwohnerwehren von Groß-Hamburg hat ein Telegramm an die Zentrale der Einwohnerwehren in Berlin gerichtet, welches u. a. besagt: Die Entente greift von neuem in die eigensten Angelegenheiten unseres Vaterlandes ein. Sie verlangt die Auflösung der Schutzwehren, darunter der Einwohnerwehr. Damit ist die jetzt bestehende Ruhe und Ordnung aufs ärgste gefährdet. Der Bolschewismus wird unser Vaterland überschwemmen. Die Einwohnerwehren von Groß-Hamburg erheben daher gegen die drohende Auflösung schärfsten Einspruch. Unsere Einwohnerwehren sind keine militärischen Organisationen. Sie sind eine alle Volksschichten und die staatserhaltenden Parteien umfassende Selbstschutz-Organisation, die zur Erhaltung der Vaterstadt, der Gemeinden und des persönlichen Besitzes notwendig sind. Ihr bleiben wir treu!

### Volle Wiederaufnahme der Arbeit im Bezirk Bitterfeld.

**Im ganzen Bitterfelder Bezirk ist die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Technische Nothilfe, die für alle Fälle bereit stand, wird heute oder morgen abtransportiert werden.**

## Der Marloh-Prozeß.

**Berlin, 6 Dezember.** Bei der Fortsetzung der Beweisaufnahme im Prozeß Marloh kam es zunächst zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Zeugen Hauptmann von Kessel. Es folgte die Vernehmung des Generalleutnants von Oertzen, der am 8. November von Rump eingeladen worden war, um den Besprechungen mit Kessel in der Wohnung Rumps beizumohnen. Der Zeuge bekundete unter anderem, daß von Kessel vor allem forderte, daß Marloh verschwinden müsse. Er, Oertzen, habe von Kessel erklärt, daß zu diesem Zwecke eine Summe von nicht weniger als 500 000 Mark erforderlich sei, in der Erwartung, daß von Kessel diese ungeheuerliche Forderung abhängen werde. v. Kessel habe zwar auch die Hergabe von 500 000 Mark abgelehnt, jedoch erklärt, daß er sich dafür verbürge, daß 200 000 Mark gezahlt würden. Er habe Finanzleute hinter sich, die diese Summe erlegen könnten.

Da die beiden Prozeßparteien auf weitere Beweismittel verzichten, wird die Beweisaufnahme geschlossen und die Zeugen werden vereidigt. Auf Beschluß des Gerichts werden von der Vereidigung ausgenommen die Zeugen Hauptmann v. Kessel, Leutnant Wehmeyer, Leutnant Hoffmann und Pfarrer Rump, weil sie der Mittäterschaft bezw. der Beihilfe zu einer strafbaren Handlung des Angeklagten, nämlich der unerlaubten Entfernung vom Dienst, verdächtig erscheinen.

Montag 9 Uhr beginnen die Plaidoyers.

# Deutsches Reich.

### Das Betriebsrätegesetz.

**Berlin, 8. Dezember.** (Eig. Drahtnachricht.) Der Nationalversammlung wird in Kürze die Vorlage über Aufhebung der Goldzölle zugehen. Das Betriebsrätegesetz soll in etwa 14 Tagen nach Erledigung der Steuervorlagen zur Beratung kommen. Es sei daher anzunehmen, daß der Plan, das Gesetz bis Weihnachten zustandezubringen, ausgeführt werde.

### Erhöhung der Unterstützungen für Angehörige der Gefangenen.

**Berlin, 6. Dezember.** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die Reichsregierung einer grundsätzlichen Erhöhung der Familienunterstützung für die Angehörigen der Kriegsgefangenen zugestimmt hat.

### Die neuen Männer der U. S. P. D.

**Leipzig, 6. Dezember.** Der außerordentliche Parteitag der U. S. P. D. wählte in die Zentralleitung als Vorsitzende Crispien und Däumig, als Sekretäre Dittmann, Luise Zietz, Roedle, Koenen-Halle und Stoecker, ferner fünf Beisitzer.

### Krupps Lokomotiven- und Wagenbau.

**Essen, 8. Dez.** Der Lokomotiv- und Waggonbau der Firma Krupp beschäftigt heute rund 3500 Personen (einschließlich Beamte) und ist imstande, bei normaler Besetzung mindestens 300 große Lokomotiven und 2500 bis 3000 Wagen jährlich herzustellen.

# Ausland.

### Kabinettskrise in Polen.

**Warschau, 7. Dezember.** (Polnische Telegraphen-Agentur.) Padewski hat seine Demission überreicht. Das Staatsoberhaupt Pilsudski hat die neue Kabinettsbildung dem Landtagspräsidenten Trampczynski an, der ablehnte, worauf Poderewski die ihm angebotene Kabinettsbildung annahm.

### Auch in Frankreich eine Personenzugsperre.

**Paris, 7. Dezember.** Wie der Verkehrsminister heute mitteilt, werden von morgen Vormittag ab auf sämtlichen Eisenbahnlinien eine größere Anzahl Personenzüge zeitweilig nicht mehr verkehren. Durch diese Maßnahmen soll die Verkehrskrise behoben werden.

### Frankreich und England als Schutzmächte Belgiens.

**Paris, 7. Dezember.** Pertinax kündigt im „Echo de Paris" an, daß Frankreich und England sich entschlossen hätten, Belgien für die Dauer von fünf Jahren, also bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Völkerbund in der Lage wäre, eine Garantie an Stelle der übrigen zu setzen, seine territoriale Integrität zu garantieren. Als Gegenleistung verpflichte sich Belgien, während der gleichen Zeit Neutralität zu bewahren.

# Aus der demokratischen Bewegung.

In Weißenfels fand am Sonnabend unter der Leitung des Kreisvorsitzenden, Herrn Kantor Mende, eine sehr gut besuchte Vertrauensmänner-Sitzung des Stadt- und Landkreises statt. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden gab Herr Generalsekretär Dornblüth einen Ueberblick über die politische Lage und die Arbeiten der Partei. Redner ging hierbei auch auf das von den Hallescher Deutschnationalen verbreitete Plakat mit der Ueberschrift „Warum müßt Ihr frieren?" — „Warum müßt Ihr hungern?" ein. Einmütig beschloß die Versammlung, das Plakat in größeren Massen im Kreise zu verbreiten, um dadurch jedem die Möglichkeit zu geben, die Verlogenheit und Gehässigkeit einer derartigen Kampfesweise kennen zu lernen. Im weiteren Verlauf der Sitzung legte Herr Dornblüth einen Arbeitsplan für die kommenden Wahlkämpfe vor, dem die Versammlung zustimmte. Besonderen Ausdruck gab sie hierbei dem Wunsche nach einheitlicher Leitung des Wahlkampfes. Herr Parteisekretär Dr. Bartmann referierte über die Satzungen des Kreisverbandes. Die Annahme erfolgte unter Vorbehalt einer endgültigen Zustimmung der nächsten Sitzung. Einmütig drückte die Versammlung der Partei und den Fraktionen ihr Vertrauen aus, und mit Dankesworten schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Tagung.

# Halle und Umgebung.

Halle, den 8. Dezember 1919.

### Vorträge des Verbandes Hallescher Frauenvereine.

**Professor Wackold: Künstlerische und politische Revolution.**

Künstlerische und politische Revolutionen hängen eng zusammen. Die Künstler beeinflussen sich nicht damit, den gerade gegenwärtigen Zustand der Nation nachzufühlen, sondern sie empfinden die Kräfte voraus, sie sind die Sturmvögel der Revolution. So offenbarte sich die Revolution vom 9. November in der Kunst bereits seit zehn bis zwanzig Jahren. Aus früheren Zeiten denke man an die geistige Revolution der religiösen Reformation und an die französische Revolution. Wie damals in Dürers Apokalypse, im „Flammenstil" der spätgotischen Kunst, das Ueberkochen der brausenden Seele wiederzuspiegeln wurde, so finden wir auch später beim Uebergang vom Rokoko zum Barock in der Kunst die Vorzeichen der französischen Revolution vor. Heute ist besonders der Stil, die Form von Grund aus verändert. Nicht Darstellung wollen unsere revolutionären Künstler bringen, sondern die Aufgewühltheit der Seele. In vier Thesen kam Professor Wackold der vorrevolutionären Kunst nahe, in den Stufen der Erneuerbarkeit, der Lyrik, des Rationalismus, des Amorphismus. Ludwig Meidner und Kirchner zeigen in ihren Bildern die Aufgewühltheit ihrer Seele. Gewaltiges Pathos finden wir besonders in den Bildnisgemälden der revolutionären Künstler, so früher in Grünewalds Gestalten, in den Krauseopfaltern des Barock, so heute bei Munk und Nolde, bei welchen das ganze Bild zum Gesicht wird. Die ganze nervöse Reizbarkeit des modernen Visionskünstlers zeigt sich bei Kokoschka. Von Goah überträgt das menschliche Pathos auf die Natur: Bei ihm zünageln die Steine, die Erde rieselt, die Materie ist beseelt.

Die Expressionisten sind Revolutionäre. Sie polaunen ihre verrückte Bekennerschaft hinaus, sie sind visionär, antirationell; Gefühl ist ihnen alles, Vernunft nichts. Energie wird vergeudet. Schon bei der Spätgotik im Rokoko, im Barock finden wir nicht die ruhende Form, sondern die ewig bewegte wiedergegeben. Schließlich wird die ganze Form aufgelöst (Amorphismus): die Welt wird in Trümmer geschlagen, eine neue Gefühlswelt wird aufgebaut: denn in ihrer revolutionären Kraft fühlen sich die Künstler als Neuschöpfer. So sind die Bilder von Kandinsky, Picasso u. a. zu bewerten. Nach diesem Anschauungsunterricht eine neue Bändigung der Form ein: Bilder und Holzschnitte von Kanold, Franz Marc, Wechtein und Schmidt-Rottluff zeigen dieses. Aus der Erregtheit wird Ruhe, aus dem Pathos Stille, aus der Gestalt und Formlosigkeit ist Stilstrenabeit.

Den besonders interessanten Ausführungen von Professor Wackold wurde mit lebhaftem Beifall der Zuhörer gedankt. Den nächsten Vortrag hält Professor Ruhin, am 10. Dezember abends 8 Uhr, über „Das Valutaproblem".

### Versammlungen und Sitzungen des deutsch-demokratischen Vereins Halle a. S.

**Donnerstag, den 11. Dezember,** abends 8½ Uhr, Rednerschule im „Hotel zur Börse", Markt 8, I.

**Donnerstag, den 11. Dezember,** abends 8 Uhr, im Reichshof, Alte Promenade 6, part. (Germanenzimmer), Sitzung des Vorstandes, Tagesordnung: Parteitag und dringliche Parteifragen.

**Freitag, den 12. Dezember,** abends 8 Uhr, Bezirksverein Nord, Mitgliederversammlung im kleinen Saale der Saalschloßbrauerei. 1. Die demokratische Staatsform und unsere neue Verfassung (Prof. Dr. Jörges). 2. Bericht über die letzten Stadtverordnetensitzungen (Stadtrat Balke).

**Montag, den 15. Dezember,** abends 8 Uhr, im Thaliasaal, große öffentliche Versammlung. Herr Unterstaatssekretär Troeltsch spricht über „Demokratische Kulturpolitik".

**Dienstag, den 16. Dezember,** im Hotel Kaiser Wilhelm, Bernburger Str., Vertrauensmännersitzung des Bezirksvereins Nordost. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Vertrauensmänner und der Frauen dringend erforderlich.

**Stadttheater.** Heute, Mittwoch, gelangt das Singspiel „Hanneri" zur Aufführung. Donnerstag, Anfang 7 Uhr, „Don Carlos". Mittwoch „Der arme Heinrich". Donnerstag „Der Tod des Empedokles". Freitag „Das Dorf ohne Glocke". Sonnabend „Carmen". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Der Erbförster", abends „Das Christelflein".

**Bruno Hendrichs Konservatorium für Musik und Theater.** Die 202. Musik-Aufführung, ein Vortragsabend für vorgeschrittene Schüler des Seminars, der Klavier-, Violin- und Opernklassen findet Freitag, den 12. Dezember, im Konservatorium statt. Das Programm bringt Werke von Mozart, Beethoven, Mendelssohn, Grieg, Chopin, Wagner, Brahms, Meyerbeer, Hendrich. Eintrittsprogramme sind von Dienstag ab im Sekretariat des Konservatoriums erhältlich.

**Kammersänger Lattermann,** der stimmgewaltige Bariton von der Dresdner Staatsoper, gibt am nächsten Donnerstag in den Thaliasälen einen Arien- und Liederabend. Es ist nicht nur die mächtige, glanzvolle Stimme, sondern auch die vornehme Gesangskunst, die vollendete Deutlichkeit der Wortaussprache, die ihm immer wieder die Herzen der Hörer erobern müssen.

**Kapitänleutnant Hellmuth v. Mücke** wird am Mittwoch in den Thaliasälen über seine Fahrten mit der Emden und Ansche sprechen. Der Vortrag wird durch Lichtbilder und Film bereichert. Die Veranstaltung findet zugunsten des Hilfsvereins für Blinde statt. Der gem. Chor der Provinzial-Blindenanstalt wird einige Lieder vortragen.

**Einen Lieder- und Märchen-Abend für Kinder und solche, die es wieder werden wollen,** gaben Elena Gerhardt und Emil Mamelok am Sonntag im überfüllten Mozartsaal. Die beliebte Leipziger Sängerin brachte alte Weihnachts- und Volkslieder und neue Kinderlieder zum Vortrag, und aus ihrem liederseligen Munde erstanden alle die alten Weisen in neuem Klangglanze und Stimmungsduft aus lange verschollenen Frühzeittagen durchzog die Herzen der Alten, und wirkliches Erleben süßer Poesie ließ die Herzen der Kleinen schneller schlagen und ihre Augen heller aufleuchten. Und mit einer einzigartigen Kunst, an die Seelen der Kleinen heranzukommen und an sie zu rühren, in der Weise eines alten Märchenspinners und Volksdichters, als ob alles ihm eben einfiele und er es nun gleich zum Besten gäbe, trug Emil Mamelok Märchen vor, heitere und ernste, kindlich-einfache neben solchen voll schweren Schicksals, wie „Die Mutter und der Tod" von Maria Czygau, oder voll tiefer Symbolik, wie „Himmlische Musik" von Leander, oder voll sächelnden Spotts über der Menschen Torheit, wie „Die Prinzessin auf der Erbse" von Andersen. Mit solcher Beseltheit und Eindringlichkeit sprach der Vortragende, daß er wiederholt gegen der eigenen Bewegtheit erwehren mußte. Der Strom tiefen menschlichen Gefühls, der von ihm ausging, machte einen unverlöschlichen Eindruck. Beide Künstler ernteten reichen verdienten Beifall. Ka.

**Zum Besten von Kinderheimen.** Nochmals sei auf den Unterhaltungsabend aufmerksam gemacht, der morgen, Dienstag, pünktlich um 8 Uhr, im Gemeindehaus, Albrechtstr. 27, stattfindet, zum Besten von Frl. Genschens Kinderheimen. Wegen der Gasverre empfiehlt sich große Pünktlichkeit.

**Das Hochwasser der Saale** ist seit gestern wieder gestiegen. Die Wiesen am Rennplatz sind teilweise überflutet, auch sind die kleinen Inseln an der Brücke des Hettstedter Bahnhofes nicht sichtbar.

**Haubachswurzeln** werden jetzt vielfach auf Unland und in Brachfeldern ausgegraben. Sie liefern einen vorzüglichen Tee und wird das Kilogramm mit 1,50 Mk. bezahlt.

**Zduna, Lebens-, Pensions- und Leibrentenversicherungsgesellschaft zu Halle a. S.** ladet für den 29. Dezember nach dem Hotel Stadt Hamburg zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ein. Näheres im Anzeigenteil.

**Festgenommene Diebesbande.** In den letzten Tagen sind von der hiesigen Kriminalpolizei mehrere Mitglieder einer äußerst gefährlichen Diebesbande ermittelt und festgenommen worden. Bisher konnten ihnen etwa 30 Einbrüche in Schuhwaren-, Schneider- und Zigarrengeschäften und in Wohnungen in hiesiger Stadt nachgewiesen werden. Ein Teil der gestohlenen Sachen wurde wieder herbeigeschafft. Als die Einbrecher vor einiger Zeit in der Olendorfer Straße von einem Polizeibeamten bei einem Diebstahl überrascht wurden, haben sie den Beamten heftig beschossen. Vorherdem hat der Raubüberfall auf den Kaufmann in der Hagenstraße seine Aufklärung gefunden. Die Festgenommenen kommen als Mittäter in Frage.

**Einbrüche.** Gestern nachmittag wurde in eine Wohnung in der Börnerstraße eingebrochen und ein Sparkassenbuch über 1300 Mark, eine Herrenuhr, zwei Trauringe und etwa 350 Mk. Geld gestohlen. Der Täter ist unerkannt entkommen. — In letzter Nacht wurde in ein Zigarrengeschäft in der Alten Promenade, durch Einschlagen der Ladentürscheibe, eingebrochen. Es wurden für etwa 100 Mk. Zigaretten gestohlen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

**Festgenommener Stoffschwindler.** Festgenommen wurde ein Stoffschwindler, der sich Techniker Karl Rehlet aus Markirch i. Elf., nannte. Er führt einen gefälschten Personalausweis der Stadt Köln bei sich. In zwei Fällen hat er hier Geschäftsleuten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191207042/fragment/page=0002